

Freibad: Es bleibt bei der Millionen-Bürgschaft

Die Hürden für ein Schwimmbad in Hiesfeld werden nicht gesenkt. Die Stadt widerspricht dem Juristen des Freibadvereins.

VON SINA ZEHRFELD

DINSLAKEN Es soll dabei bleiben, wie der Stadtrat es beschlossen hat: Wenn ein Architekt ein Freibad in Hiesfeld bauen will, dann soll er dazu eine Bürgschaft über bis zu acht Millionen Euro beibringen. Der Freibadverein Hiesfeld hat diese Forderung beanstandet. Die Stadtverwaltung hat eine Prüfung durchgeführt, und Bürgermeister Michael Heidinger stellt danach fest: „Wir halten den Beschluss für rechtmäßig.“

Der Hiesfelder Freibadverein hat wie berichtet eine Stellungnahme eines Juristen beigebracht. Dieser kommt zu dem Schluss, dass es ge-

gen Vergaberecht und gute Sitten verstoße, eine solche Bürgschaft einzufordern. Ein Auftraggeber könne ein Baugrund-Risiko nicht auf diese Art abwälzen.

Die Stadt ist allerdings der Meinung, dass es in diesem Fall nicht um ein „Abwälzen“ und auch nicht um die üblichen Modalitäten einer Gewährleistung geht. Vielmehr sei das Baugrund-Risiko in Hiesfeld vollkommen bekannt. Die Handhabung eben dieses Problems sei ja gerade der spezielle Auftrag des Architekten, erläutert Christiane Wenzel von der Stadtverwaltung. Und darüber könne man dann auch Garantien verlangen. „Wir sagen ja ganz bewusst: Wir haben hier einen Bau-

grund, der ist dauerhaft nicht geeignet, ein Schwimmbad zu errichten“, erklärt Wenzel. Dass der Architekt mit diesem Untergrund zurechtkommen müsse, sei keine „Nebenbestimmung“ – in diesem Fall wäre die Bürgschaft auch nach Auffassung der Stadt nicht einzufordern – sondern eine „Leistungsbeschreibung“. „Das ist ein Garantieverprechen. Das hat nichts mit einer üblichen Baugewährleistung zu tun.“

Die Erste Beigeordnete Christa Jahnke-Horstmann sieht in der Forderung auch kein Problem: „Wenn es eine überzeugende und sichere Lösung ist, dann muss ein Architekt doch auch so eine Bürgschaft abgeben können“, sagt sie.

Ähnliche Vereinbarungen gebe es beispielsweise im Bereich der Fernwärmeversorgung über bestimmte Zeiträume, sagt Bürgermeister Michael Heidinger. Bei einem Verfahren wie dem Schwimmbadbau sei es „sicher ungewöhnlich“, so etwas zu verlangen, „aber es ist ja auch ein ungewöhnlicher Sachverhalt“.

Der Hiesfelder Freibadverein reagiert zurückhaltend auf die Stellungnahme der Stadt. „Wir haben nichts anderes erwartet. Wir werden das jetzt unserem Rechtsanwalt zur Verfügung stellen“, sagt der Vorsitzende Thomas Giezek. Außerdem werde man die Politik informieren. Anders als der Freibadverein selbst könne eine Ratsfraktion

ja auch noch die Kommunalaufsicht einschalten.

Mit dem Alternativvorschlag für die Sanierung des Freibades, den der Verein am kommenden Dienstag vorstellen will, wird die Stadtverwaltung sich ebenfalls befassen. Wie berichtet will der Architekt Wolfgang Hein bei einer Mitgliederversammlung am Dienstag Pläne für eine Sanierung des alten Freibad-Beckens darlegen.

Sobald die Stadt die Unterlagen erhalten habe, würden sich die Fachleute in der Verwaltung damit befassen, versichert Bürgermeister Heidinger. Anschließend werde man die Politik über die fachliche Einschätzung informieren.